

# Berlin muss es alleine schaffen

- Karlsruhe urteilt: Bund und Länder sind zu Hilfen nicht verpflichtet
- Wowerett sarkastisch, Sarrazin lakonisch, Landerchefs ohne Mitleid
- Wirtschaftsinstitut: Das Urteil ist eine Katastrophe

VON ALBERT FUNK

Berlin - Berlin ist am Donnerstag in Karlsruhe losgegangen: Das Bundesverfassungsgericht sieht keinen Grund, warum die mit über 61 Milliarden Euro hoch verschuldete Hauptstadt Hilfen des Bundes und anderer Länder zur Sanierung des Haushalts bekommen sollte. Nach Ansicht der Richter ist die Berliner Situation zwar angespannt, aber das Land befindet sich nicht in einer extremen Haushaltsnotlage. Ein „Bundesstaathilfer Notstand“, der allen Sanierungshilfen rechtfertigen würde, sei nicht zu erkennen. Zudem sind die Richter der Meinung, die Berliner Haushaltsprobleme seien aus eigener Kraft zu bewältigen. Die Klage, mit der der Regierende, Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) Geld von Bund und Ländern erzwingen wollte, ist damit auf ganzer Linie gescheitert. Das Gericht verschärfte mit dem Urteil seine Rechtsprechung zu Lasten der Schuldner und betonte die Eigenverantwortung und Eigenständigkeit der Bundesländer in ihrer Haushaltspolitik.

Wowereit reagierte enttäuscht und sarkastisch. „Das Bundesverfassungsgericht schätzt offensichtlich die Haushaltslage in Berlin viel besser ein als wir selber“, finanzierte. Thilo Sarrazin (SPD) meinte, „das Leben geht weiter und das Urteil ist klar. Das hilft keiner mehr, wir müssen uns selber helfen.“ Die Karlsruhe-Richter entschieden sich am kommenden Montag. Das Thema bei den roten Koalitionserverhandlungen in der Hauptstadt seien. Von beiden Seiten verlaute am Donnerstag, man wolle in der bisherigen Konsolidierungspolitik fortfahren. CDU-Fraktionschef Friedrich Thügel stellte fest: „Das Urteil ist ein schwerer Schlag für Berlin.“ Der Präsident des Deutschen



**Klaus Wowereit hat verloren.** Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts war einstimmig gegen den Antrag auf Sanierungshilfen. Die Klage des Landes Berlin, die alle Parteien stützten, scheiterte auf ganzer Linie.

**Berlins Schulden im Vergleich**  
 Pro-Kopfverschuldung der Länder 2005

Bundesland	Pro-Kopfverschuldung (2005)
Berlin	15.173
Hamburg	12.173
Sachsen-Anhalt	9.046
Sachsen	8.543
Schleswig-Holstein	8.280
Thüringen	7.626
Niederrhein	7.620
Mittelrhein	7.457
Brandenburg	7.282
Rheinland-Pfalz	7.262
Nordrhein	6.944
Hessen	6.365
Baden-Württemberg	4.335
Sachsen	4.079
Bayern	3.133

**Berlins Schulden in den nächsten Jahren**  
 2006/2007 Hochrechnung, ab 2008 Projektion

Jahr	Milliarden Euro
2006	81,60
2007	83,50
2008	85,40
2009	87,20

**Berlins Ausgaben für Zinsen 2006**  
 im Jahr 2.45 Milliarden Euro  
 im Monat 204 Millionen Euro  
 am Tag 6,73 Millionen Euro

In der Woche 270.800 Euro  
 in der Minute 4.681 Euro

Quelle: Stat. Bk., Sachverständigenrat, Vgl. Finanzen, Tagesspiegel

## „Der Berliner Slogan ‚Arm, aber sexy‘ ist in seinem Kontext von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Berlin ist vielleicht deshalb so sexy, weil es so arm gar nicht ist“

Winfried Hassemer, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts

Institut für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, nannte das Urteil eine „Katastrophe“ für Berlin, das damit zum „Sozialfall“ werde. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) zeigte sich ängstlich. Die Rechtsauffassung des Bundes sei bestätigt worden. In Not geratene Bundesländer könnten jetzt nicht mehr einfach sagen, der Bund solle einsteigen. Erst alle Länder befragen die Karlsruhe-Richter. Bremen und das Saarland wollen dagegen ihre Notlagen aufrechterhalten. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sagte dem Tagesspiegel: „Das Urteil ist beeindruckend klar. Es zeigt sehr auf die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Länder, was die Verpflichtung einschließt, eingegangene Risiken auch selber zu tragen.“ Nach Ansicht des Schwerer Minister-

präsidenten Harald Kumpstorff (SPD) hätte ein entsorgenes Urteil „die enormen Sparanstrengungen“ anderer Bundesländer konträrkt. Baden-Württemberg Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sagte: „Wer ohne echte Not Schulden macht, kann sich nicht hinterher bei anderen schuldig halten.“ Das Netz bundesstaatlicher Finanzsolidarität sei „keine Hängematte“.

Die Ministerpräsidenten vereinbarten in Bad Pyrmont, mit dem Bund über die zweite Stufe der Föderalismusreform zu beraten. Dabei soll es vor allem um Finanzfragen gehen. Dies war auch Thema eines Gesprächs der Länderchefs mit Bundespräsident Horst Köhler. Altkanzlerpräsident Roman Herzog hat die Reformen für dringend nötig. Die große Koalition habe die Chance, „ein auf mehr Selbstverantwortung der Länder basierendes

- ZUM THEMA**
- **Im Meinung**  
 Wie Karlsruhe sein Urteil begründet
  - **Wann die Not nicht so groß ist**  
 Wo der Spruch wie interpretiert
  - **Gegen Radikalkuren**  
 Rot hat will seine Politik fortsetzen
  - **Die Zeit der Strohhalme**  
 Wo überall gespart werden könnte
  - **Ich sehe das sportlich**  
 Inwiefern mit Finanzminister Sarrazin
  - **An der inhaltlichen Stelle**  
 Wirtschaft warnt vor Kürzungen
  - **Angst vor der Zukunft**  
 Die Urns halten den Kompromiss